

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten der Weltorganisation

Politik und Sicherheit

Panama: Tagung des Sicherheitsrats (15.—21. 3. 1973) — Lateinamerikanische Probleme — Veto der USA (16)

I. Die Probleme des Panama-Kanals und der lateinamerikanischen Länder kamen ausgiebig zur Sprache auf einer Tagung des Sicherheitsrats in Panama. Panama lud den Rat in seine Hauptstadt ein.

Die Diskussion im Rat über das Für und Wider dieser Einladung zeigte bereits im Kern alle Elemente der späteren Sachdebatten. Das mit der Einladung vorgeschlagene Generalthema der abzuhaltenen Tagung enthielt das Reizwort »Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit«, das in formalem Anklang an die laut Charta dem Sicherheitsrat obliegende Hauptaufgabe einer Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit gewählt ist und seit einer diesbezüglichen Erklärung der Generalversammlung vom Jahre 1970 zur extensiven Auslegung der Grundsätze des Selbstbestimmungsrechts und der nationalen Souveränität dient.

Schon die erste Erklärung des panamesischen Sprechers zur Einladung des Sicherheitsrats nach Panama machte klar, daß das Land vorhatte, den Kolonialismus, die dauernde souveräne Verfügung über die eigenen Naturschätze sowie die Abrüstung und kernwaffenfreie Zonen zur Sprache zu bringen. Sicherheit wurde über seine rein militärische Bedeutung hinaus vom Redner auch als wirtschaftlicher Begriff vorgestellt: da die Ausbeutung der Naturschätze eines Staates durch einen anderen Staat und die Ausübung von Druck zur Erlangung materieller Vorteile latente Konflikte seien, die es deshalb nach der Absicht der Charta ebenfalls zu vermeiden gelte. Im besonderen Fall der lateinamerikanischen Länder müsse diese Art der Friedenssicherung dann notwendig so aussehen, daß diese ihre Schätze mit eigenen Mitteln entwickeln, ihre Angelegenheiten ohne auswärtige Einmischung führen und ihre Souveränität ohne die militärische oder wirtschaftliche Unterdrückung alt- oder neokolonialistischer Art neu befestigen könnten. Ganz speziell in Panama liege eine kolonialistische Situation vor, da die Kanalzone tatsächlich eine aus Panamas nationaler Hoheit ausgenommene Enklave sei. Noch dazu teile sie das Land in zwei Hälften und verhindere so seine politische, wirtschaftliche und soziale Einheit. Außerdem sei die Zone durch diese gefährliche und möglicherweise explosive Lage auch ein Herd internationaler Spannung. Panama fordere daher die tatsächliche und vollständige Hoheit über sein gesamtes Staatsgebiet; dies seien auch die grundlegenden Vorbedingungen für jeden neuen Vertrag über den Kanal zwischen Panama und den USA.

Die Vertreter der Vereinigten Staaten, die wohl verstanden, daß sie die von diesen Absichten Betroffenen sein würden, machten formale Gegengründe geltend. Der

beste Weg seien hier herkömmliche zweiseitige Verhandlungen, wie sie bezüglich des Panama-Kanals schon länger geführt würden, oder die Nutzung der Möglichkeiten innerhalb des regionalen amerikanischen Systems der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS). Außerdem sei das Programm der Ratstagung so vage formuliert, daß es zu einer ganz allgemeinen Debatte verführe, die jedoch nicht Sache des Sicherheitsrates sei. Dennoch würden sich die USA dem Beschluß über die Abhaltung einer Tagung des Sicherheitsrates in Panama City nicht entgegenstellen.

II. Bei der Eröffnungssitzung der Tagung in Panama am 15. März gab es bereits die als ungewöhnlich scharf empfundene Adresse des panamesischen Regierungschefs Omar Torrijos. Er setzte die »geographische Lage« Panamas den »Naturschätzen« gleich, über die den Staaten die souveräne Verfügungsgewalt gebühre; diese habe sein Land in »70 Jahren der Demütigung« nicht besessen. Anspielend auf aktuelle Ansprüche anderer lateinamerikanischer Staaten und sich mit ihnen solidarisch, nannte der Redner an weiteren »Naturschätzen«, manche von ihnen »nicht erneuerbar«, den Reichtum der Meere, der Häfen, des Meeresbodens und -untergrunds und der Arbeitskraft. Wie zahlreiche Sprecher nach ihm ging Torrijos auch auf die Isolierung Kubas ein und bezeichnete sie als eine Schande für die gesamte Halbkugel. Was das eigene Anliegen angehe, so sei das panamesische Volk an der Grenze seiner Geduld angelangt. Torrijos erbat schließlich die moralische Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für sein Land, welches niemals »ein weiterer Stern auf der Fahne der Vereinigten Staaten« sein wolle.

Der Sprecher des Ratsmitglieds Peru, das während der Tagung als enger Verbündeter Panamas auftrat, machte klar, daß Lateinamerika zwar keine kriegsähnlichen Konflikte aufweise, daß seine derzeitige Struktur jedoch ein Anwachsen sozialer und wirtschaftlicher Frustration aus Entwicklungspolitischer Diskriminierung bewirke; dies könne zu Lagen führen, in denen der Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht wären, und damit sei die Zuständigkeit des Sicherheitsrates berührt, der ja auch vorbeugend tätig zu werden habe. Besonders schwerwiegende Hindernisse für den Fortschritt der lateinamerikanischen Entwicklungsländer seien gewisse, von multinationalen Gesellschaften in den USA durchgesetzte Gesetzesbestimmungen wie die nach Pelly, Gonzalez und Hickenlooper benannten, mit denen bis hin zum Mittel wirtschaftlicher und finanzieller Blockade international unrechtmäßiger Druck ausgeübt werde, um Staaten wie Peru daran zu hindern, zum Beispiel seine geographisch, geologisch, wirtschaftlich und sozial wohlbegründeten marinen Rechte auszunützen.

Kolumbiens Außenminister verwandte sich

im Interesse des Welthandels und besonders der Länder des lateinamerikanischen Kontinents für das generelle Recht freier Durchfahrt durch den Panama-Kanal.

Außenminister Roa von Kuba sah ein solches Recht am besten gewährleistet durch panamesische Souveränität, Rechtshoheit und Verwaltung, welche der Kanalzone das Ansehen friedlichen Industriefleißes geben werde statt ihrer derzeitigen Prägung durch die Anwesenheit der »Lederhosen«, der amerikanischen Kriegsflotte und von Abschußrampen für Atomraketen. Der Sprecher bedauerte besonders den Umstand, daß die auf der kubanischen Insel von den USA unterhaltene Marinebasis von Guantanamo, seinem Lande vor-enthalten seit den Tagen der Präsidentschaft Theodore Roosevelts, als strategische Infrastruktur zum Schutz des interozeanischen Kanals gedient habe sowie dazu, Panama im Status eines Yankee-Protektorats zu halten. Aus eigener Erfahrung erwähnte gerade dieser Delegierte, daß selbst nach den bisherigen, dem Volk von Panama aufgezwungenen Verträgen die Vereinigten Staaten kein Recht hätten, in der Kanalzone konventionelle und Spezialtruppen der lateinamerikanischen Armeen auszubilden; von dort Rangerexpeditionen oder Geheimflüge in lateinamerikanische Länder ausgehen zu lassen, die um ihre Befreiung und Entwicklung kämpften; die Kanalzone für das Hauptquartier des US-Südkommandos zu benutzen, kurz, sie als Zentrum der Subversion und als Basis von Einmischungen in die inneren Angelegenheiten lateinamerikanischer Länder zu nutzen.

III. Auch andere latente Konflikte in Lateinamerika kamen zur Sprache: die Notwendigkeit, den »sogenannten« assoziierten Status Puertoricos zu beseitigen mit dem Ziel der Unabhängigkeit des Gebiets; die Spannungen zwischen Großbritannien und Guatemala wegen der Ansprüche des letzteren auf Britisch-Honduras (Belize); die Kolonialmacht verweigere der dortigen Bevölkerung durch Truppenmassierung das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit; das alte Problem der vor 70 Jahren durch Chile eroberten bolivianischen Pazifikküste, besonders schmerzhaft empfunden angesichts der Ausweitung der Fischereigrenzen und Hoheit für die wirtschaftliche Ausbeutung von Meeresgrund und -untergrund auf 200 Seemeilen durch die Mehrzahl der südamerikanischen Küstenstaaten; die Meinungsverschiedenheiten zwischen Argentinien und Großbritannien über die Zugehörigkeit der Malvinas (Falkland-Inseln).

Über den Rahmen lateinamerikanischer Probleme hinaus wurde die Tagung allgemein zum Schauplatz eines solidarischen Auftretens der Länder der Dritten Welt. Symptomatisch sei die Reaktion des Vertreters der Arabischen Liga: In der Ansprache von General Torrijos brauchten nur wenige geographische Namen ausgetauscht zu werden, um sie auch für alle Araber und deren Sorgen gelten zu lassen. Auch die arabische Welt habe eine besondere geographische Lage zwischen den Kontinenten inne — eine deutliche Anspielung auf den Suez-Kanal und die

von Israel besetzten Gebiete. Der *indische Sprecher* solidarisierte sich ausdrücklich mit den zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen der lateinamerikanischen Delegationen und prägte für die Atmosphäre der Tagung das Wort vom »Geist von Panama«.

Gegen Ende der allgemeinen Debatte würdigte *UNO-Generalsekretär Waldheim* die Bedeutung der lateinamerikanischen Staaten für Vergangenheit und Gegenwart der Weltorganisation und merkte zur Rechtfertigung der Ratstagung in dieser Weltregion generell an, daß in einer Welt, deren Teile in zunehmendem Maße voneinander abhängig würden, der Unterschied zwischen regionalen und globalen Interessen im Verschwinden begriffen sei. In lokaler Nähe zu Problemen eines Weltteils könne der Sicherheitsrat die Vorteile seiner einzigartigen Stellung als ein ständiges und übergeordnetes Gremium zur Beilegung internationaler Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten in den Dienst einer Lösung stellen und im Bewußtsein der Völker der Welt, für die er schließlich da sei, so mehr Wirklichkeit gewinnen. Bei der Behandlung der Panama-Kanal-Frage müßten die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen beachtet werden, der Grundsatz der territorialen Unantastbarkeit, der souveränen Gleichheit, der Verpflichtung, alle internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Außerdem ein Grundsatz, der Gewohnheitsrecht geworden sei: daß jeder Staat das Recht hat, alle seine »natürlichen Möglichkeiten« voll und für eigene Rechnung auszunützen (eine elegante Formulierung, da die »geographische Lage« des Panama-Kanals als »Naturschatz« doch zu ungeschickt ist). Eine Lösung solle über die nationalen Bestrebungen hinaus jedoch auch die »legitimen Rechte und Interessen der Völkergemeinschaft« berücksichtigen.

IV. Zum Höhepunkt der Tagung wurde die Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter der *Vereinigten Staaten*, John Scali, und den panamesischen Rednern. *Botschafter Scali* erinnerte an die jüngsten erfolgreichen zweiseitigen Verhandlungen (UdSSR, China, Vietnam, Wien, Helsinki), mit denen sein Land zum Abbau internationaler Spannungen beigetragen habe, und leitete dann auf die vor längerem begonnenen Verhandlungen mit Panama zur Neufestsetzung eines Status für den Panama-Kanal über, die eine Lösung im Gleichklang mit den »gegenwärtigen politischen Tatsachen« hätten bringen sollen. Dabei stellten die USA den Grundsatz bleibender souveräner Verfügung über die Naturschätze nicht in Frage, betonten aber gleichzeitig, daß Verträge betreffend ausländische Investitionen nach bestem Können eingehalten, für Nationalisierungen angemessene Entschädigungen gezahlt und Schiedssprüche oder internationale Gerichtsentscheidungen anerkannt werden müßten. Die Vereinigten Staaten hätten zwischen 1961 und 1972 mit über 10 Milliarden Dollar zur Entwicklung der lateinamerikanischen Staaten beigetragen, dies nicht unwesentlich auch durch multilaterale Kredite. Panama speziell habe allein 1972 rund 227 Millionen Dollar zur

Belebung seiner Wirtschaft erhalten und sei damit im Weltvergleich das Land, auf das pro Kopf der Bevölkerung die höchste US-Hilfe entfalle. Gegenüber dem nur noch in seinen Grundzügen geltenden Kanal-Vertrag von 1903 hätten die Änderungen von 1935 und 1955 die Aufgabe wichtiger Rechte durch die USA und den Gewinn wichtiger neuer Vorteile für Panama gebracht. 1964 hätten die Vereinigten Staaten erkannt, daß eine verständnisvolle Modernisierung des gegenseitigen Verhältnisses herbeigeführt werden müsse (dies eine sehr zurückhaltende Bezugnahme auf die blutigen Ereignisse vom 9. Januar 1964). Die bis heute gültigen amerikanischen Verhandlungsziele seien, 1. der Kanal solle der Welthandelsschifffahrt ohne Diskriminierung bei vernünftigen Kosten zur Verfügung stehen; 2. um dies wirksam zu erreichen, sollten die USA zur Schaffung zusätzlicher Kanalkapazität berechtigt sein; 3. der Kanal solle für eine längere, aber festgelegte Zeitdauer weiterhin von den USA betrieben und verteidigt werden.

Die drei Vertragsentwürfe, die hierzu 1967 beiderseitig ausgehandelt worden seien und welche die älteren Abmachungen hätten ersetzen sollen, seien von Panama jedoch nicht ratifiziert worden; dagegen habe es im Oktober 1970 die USA zu erneuten Verhandlungen aufgefordert, die dann im Juni 1971 in Washington stattgefunden hätten. In ihnen erkannten die Vereinigten Staaten an, daß der Vertrag von 1903 ersetzt werden müsse; daß jeder neue Kanal-Vertrag nur begrenzte Zeit, nicht ewig gelten solle; daß Panama ein wesentliches Gebiet der gegenwärtigen Kanalzone zurückgegeben und die (Weiter-)Benutzung anderer Teile einvernehmlich geregelt werde, wobei letztere nur das für Betrieb und Verteidigung des Kanals durch die USA erforderliche Minimum ausmachen und überdies nach auszuhandelndem Zeitplan rechtlich, wirtschaftlich, sozial und kulturell an Panama angeschlossen werden sollten; daß Panama seine Rechtshoheit entsprechend einem einvernehmlich zu erstellenden Zeitplan im Kanalgebiet ausüben könne; daß Panama eine wesentliche höhere Pacht für das Kanalterritorium erhalten solle. Angesichts dieser bereits festgelegten, wesentlichen Zugeständnisse von seiten der USA seien Angriffe gegen den Vertrag von 1903, den es so ja schon nicht mehr gebe, vollends nur ein Schattenboxen. Mit gutem Willen, mit Vernunft und etwas Geduld könne ein beide Seiten befriedigender Vertrag erreicht werden; dies würde der Sicherheitsrat durch parteiliche Haltung oder Übernahme eines kirchturmpolitischen Gesichtspunktes gefährden und darüber hinaus seine Seriosität aufs Spiel setzen.

Außenminister Tack von Panama zeigte sich unangenehm berührt von der wachsenden Neigung nordamerikanischer Regierungsvertreter, so ihre Großzügigkeiten öffentlich aufzuführen. Hier fehle denn doch, daß lateinamerikanische Rohstoffe, billige Arbeitskraft und begrenzte wirtschaftliche und militärische Kapazität in Vergangenheit und Gegenwart wichtige Faktoren für Erreichung und Aufrechter-

haltung des hohen Entwicklungsstandes in den USA darstellten. Diese Nachteile könnten durch keinerlei »Großzügigkeit« aufgewogen werden. Die Tendenz, wegen der Vorteile für die USA die lateinamerikanischen Länder unterentwickelt zu halten, bestehe fort. Die von den USA genannten Verhandlungsziele für einen neuen Panama-Kanal-Vertrag seien für Panama unbefriedigend: wieso brauchten die Vereinigten Staaten das Recht, die Kanal-Kapazität zu vergrößern, damit der Kanal dem Welthandel wirksam dienen könne? Daß Betrieb und Verteidigung des Kanals durch die USA für eine weitere Zeitspanne gefordert werde, sei nur eine Umschreibung von »auf ewig«. Ein wirklich neuer und moderner Vertrag müßte Panamas legitimen Anspruch, Souveränität über sein gesamtes Staatsgebiet und Verfügung über seine Naturschätze auszuüben, echt verwirklichen, müßte den Staat im Staate beseitigen und die koloniale Enklave abschaffen. Tack nannte Zahlen über den Nutzen des Kanals für die Vereinigten Staaten: Im Zweiten Weltkrieg sei er von etwa 5 300 Kriegsschiffen und 8 500 militärischen Transportschiffen benutzt worden und habe den USA natürlich auch die Führung des Korea-Krieges nennenswert erleichtert. Schätzungsweise 22 v. H. aller von der Ostküste der USA ausgehenden Tonnage nehme den Weg durch den Panama-Kanal. Von 1964 bis 1968 sei die Trockentonnage auf 640 v. H., die Tankerkapazität auf 430 v. H. gewachsen, was seinen Grund in den Kriegshandlungen in Südostasien hatte. Der beachtliche strategische Wert des Kanals für die USA bestehe in besserer Nutzung der Schiffskapazitäten und der Erleichterung von Truppentransporten. Dies bedeute beträchtliche Einsparung an laufenden Kosten, Ausrüstung, Anlagen und Schiffen. Der durch den Kanal direkt erwirtschaftete Profit sei ebenfalls beachtlich: von 1960 bis 1970 habe die Kanalgesellschaft über 450 Millionen Dollar verdient, wovon Dividenden an die Vereinigten Staaten gezahlt, ein großer Teil der Verwaltung der Kanalzone finanziert und Neuinvestitionen bestritten worden seien. Außerdem könnten der amerikanische Binnen- wie Außenhandel durch den Kanal erweitert und allgemein die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Vereinigten Staaten gesteigert werden. Nach jüngsten Schätzungen ersparte der Kanal seinen Benutzern von 1960 bis 1970 rd. 5,4 Milliarden Dollar, da sie auf anderen Routen die sechs- bis siebenfachen Transportkosten gehabt hätten. Zudem mache die Kanalgesellschaft Geschäfte jeder Art mit der Bevölkerung der Kanalzone, ohne dabei von Panama besteuert zu werden. Die Verhandlungen seien bisher nie recht zweiseitig gewesen. Die nordamerikanischen Vorschläge wollten die kolonialistische Enklave für ewig beibehalten; panamesische Vorschläge, die auf ihre Beseitigung hinausliefen, seien von den USA nie akzeptiert worden. Panama habe die Vertragsentwürfe von 1967 zurückweisen müssen, da sie beleidigender als der Vertrag von 1903 gewesen seien. Statt »ewiger Dauer« sei das Jahr 2067 eingesetzt worden, was Ewigkeit in Zahlen bedeute. Die Vertragsentwürfe hät-

ten die Militärbasen des US-Südkommandos, die sogar nach dem Vertrag von 1903 unrechtmäßig seien, legalisieren und den USA das exklusive Recht geben sollen, in Panama einen neuen Kanal auf Meereshöhe in einer neuen Kanalzone ihrer Wahl zu bauen, ohne irgendwelche Festlegungen und Einschränkungen. Diese Änderungen des Vertrages von 1903 werde das panamesische Volk niemals annehmen.

V. Ein Entschließungsantrag (S/10931/Rev. 1; s. S. 97 dieser Ausgabe) forderte die USA und Panama auf, »ohne Verzug einen neuen Vertrag abzuschließen, durch den die Ursachen der Zwistigkeiten zwischen ihnen schleunig beseitigt« würden. Der ursprüngliche Antrag war bereits entschärft: es fehlten die Aufforderungen an die zukünftigen Vertragsparteien, den Wiederanschluß der Kanalzone an Panama, das Ende der US-Rechtshoheit, die Rückgabe der Hoheitsrechte an Panama bindend zu vereinbaren und grundsätzlich den Übergang der Verantwortung für den Betrieb des Kanals an Panama festzulegen. Auch hatte man darauf verzichtet, sich für eine Neutralisierung des Panama-Kanals auszusprechen und eine Debatte über die Neutralisierung zwischenozeanischer Kanäle durch die Generalversammlung anzuregen. Der Antrag beschränkte sich nun darauf, die Übereinstimmung der beiden Regierungen über die notwendige Aufhebung der bisher gültigen Abmachungen und den Abschluß eines neuen Vertrags über den gegenwärtigen (keinen zusätzlichen!) Panama-Kanal zur Kenntnis zu nehmen. Durch diesen neuen Vertrag solle Panamas legitimer Anspruch erfüllt und die Respektierung wirklicher panamesischer Souveränität über das ganze Staatsgebiet sichergestellt werden. *Panamas Botschafter Boyd* nannte zur Begründung, daß die USA auch die internationalen Häfen an den Endpunkten des Kanals nach ihrem Gutdünken kontrollierten und durch den Betrieb der Panama-Eisenbahn quer über den Isthmus ungerechtfertigte Konkurrenz ausübten. Sie beherrschten ohne ohne Berechtigung den panamesischen Luftraum und setzten eigenmächtig Radiofrequenzen für ihre Übertragungen fest; dies sei ein souveränes Recht des jeweiligen Landes, das mit allen anderen Staaten am gemeinsamen »Naturschatz« des Funkspektrums teilhaben. Die Verwaltung des Kanals werde von den USA diskriminatorisch geführt (Personalpolitik, Löhne, Pensionen, Rassentrennung, Ausbildung): etwa die US-Amerikaner, ein Viertel der Angestellten der Kanalgesellschaft, verdienten mehr als die übrigen drei Viertel Panamesen zusammen. Dies verschärfe die bestehenden Reibungen. Boyd kündigte an, daß die nunmehr im Antrag nicht mehr enthaltenen Forderungen zu gegebener Zeit von Panama wieder geltend gemacht würden.

Der *amerikanische Vertreter Scali* legte in der Abstimmung sein Veto ein, Großbritannien enthielt sich der Stimme, die übrigen 13 Ratsmitglieder stimmten für den Antrag. In einer anschließenden Stellungnahme bedauerte Scali selbst, dazu gezwungen gewesen zu sein, den Antrag so zu Fall gebracht zu haben, habe dieser doch vieles enthalten, dem die Vereinigten

Staaten gerne zugestimmt hätten. Aber die Abstimmung habe Gegenständen gegolten, über die bereits zweiseitig verhandelt werde. Der vorgelegte Antrag sei zudem unausgewogen, unvollständig und ernstlich mißdeutbar. Die bleibenden Unterschiede zwischen den Auffassungen Panamas und der Vereinigten Staaten würden übergangen, der Antrag stelle einseitig die Interessen Panamas heraus. Außerdem könne man vom Panama-Kanal nicht als von einem »Naturschatz« sprechen, weil er kein Werk der Natur, sondern eine sehr vielschichtige Angelegenheit sei. Eine Neuregelung könne nur in eingehenden Verhandlungen gefunden werden. Der US-Delegierte zeigte sich auch indigniert darüber, daß die Atmosphäre der Debatte unter dem Mangel an Mäßigung und Zurückhaltung bei manchen Stellungnahmen gelitten habe.

Der *panamesische Wortführer* erklärte dagegen, die Abstimmung sei ein moralischer Sieg Panamas: zwar hätten die Vereinigten Staaten ihr Veto geltend gemacht, die Welt aber habe gegen die Vereinigten Staaten votiert. Die Panama-Kanal-Frage werde nunmehr im Herbst vor der Generalversammlung zur Sprache gebracht.

VI. Eine zweite Entschließungsvorlage bezweckte die Verurteilung erpresserischer Wirtschaftspraktiken, wie sie multinationalen Gesellschaften in Lateinamerika nachgesagt werden. Der Antrag konnte den Rat passieren, obwohl die westlichen Votomächte in den angesprochenen Tatbeständen keine Gefährdung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sehen wollten und deshalb die Zuständigkeit des Sicherheitsrats ablehnten. In der Sache enthielten sie sich jedoch der Stimme (S/Res/330; s. S. 97 dieser Ausgabe).

VII. Nach dem abschließenden Urteil des Ratspräsidenten hat die Tagung in Panama ergeben, daß die Anwesenheit des Sicherheitsrates in einer bestimmten Weltregion geeignet ist, deren Völkern die verstärkte Überzeugung zu geben, daß die Weltorganisation sich ihrer Probleme annimmt. Das gelte besonders in Entwicklungsländern, die von den Vereinten Nationen den Schutz ihrer Sicherheit und die Förderung ihrer Entwicklung erwarteten. Es sei zu hoffen, daß der Rat nach seinen Tagungen in Afrika und Lateinamerika künftig auch in anderen Weltregionen tätig sein werde.

Entkolonisierung und Treuhandfragen

Rhodesien (Zimbabwe) — Verkauf deutscher Flugzeuge — Verschärfung der Sanktionen — Veto Großbritanniens und der USA (17)

I. Mit einer erneuten schwerwiegenden Verletzung der UN-Sanktionen gegen Rhodesien befaßte sich der Ausschuß des Sicherheitsrats, der die Einhaltung der Sanktionen überwacht. Entgegen den Bestimmungen sind im April drei Passagierflugzeuge vom Typ Boeing 707 einer in Konkurs geratenen deutschen Bedarfsfluggesellschaft an die staatliche rhodesische Fluggesellschaft Air Rhodesia verkauft worden. Die Flugzeuge sind durch Vermittlung einer Liechtensteiner Briefkastenfirma in den Besitz der rhodesischen Gesellschaft gelangt; sie wurden mit über-

malten Kennzeichen von Basel über Lissabon nach Salisbury gebracht. Mit den Maschinen will Air Rhodesia erstmals interkontinentale Strecken (Rhodesien—Angola—Portugal) befliegen.

Die Umstände des Verkaufs ermittelten außer dem Ausschuß des Sicherheitsrats die Regierungen der drei unmittelbar betroffenen Länder: die Vereinigten Staaten als Sitz der Herstellerfirma, Großbritannien als Verwaltungsmacht Rhodesiens und die Bundesrepublik Deutschland als Registrierstaat der Flugzeuge. Der USA-Vertreter erklärte dem Ausschuß, seine Regierung habe die Aktion weder genehmigt noch von ihr gewußt; nach amerikanischen Außenhandelsbestimmungen hätte der Weiterverkauf der Flugzeuge von der amerikanischen Regierung genehmigt werden müssen. Die Bundesregierung versicherte, daß die Maschinen zwar ohne ihr Wissen, aber legal an eine Schweizer Firma ausgeführt worden seien, welche sie an die rhodesische Fluggesellschaft weiterverkauft habe. Nach deutschen Bestimmungen konnten sie jedoch ohne besondere Genehmigung zu nichtgewerblichen Zwecken in jedes Land fliegen, mit dem die BRD diplomatische Beziehungen unterhält und das der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) angehört. Es werde geprüft, ob bei der Transaktion gegen deutsches Luftrecht verstoßen worden sei. Die britische Regierung will die Mitglieder der ICAO ersuchen, der Air Rhodesia Landungsrechte auf internationalen Flughäfen zu verweigern. Da die drei Flugzeuge, die auf dem Baseler Flughafen abgestellt standen, nie in der Schweiz registriert waren, ist die schweizerische Regierung nicht betroffen.

II. Sämtliche Einfuhren aus Südafrika und aus den portugiesischen Kolonien sollen von den Empfängerstaaten verschärft daraufhin untersucht werden, ob sie rhodesischen Ursprungs sind. Ein Prüfungsverfahren hierzu empfiehlt ein vom Sanktionsausschuß dem Sicherheitsrat im April vorgelegter Bericht (S/10920). Der Rat hatte den Ausschuß im September 1972 ersucht, Vorschläge für wirksamere Durchführung der Sanktionen zu prüfen und zugleich Maßnahmen gegen Südafrika und Portugal zu erwägen, da diese sich offen weigern, Sanktionen anzuwenden. Das Prüfungsverfahren soll besonders für typisch rhodesische Erzeugnisse (Erze, Fleisch, Tabak, Mais, Zucker) angewandt werden. Auf Wunsch sollen die Regierungen bei der Prüfung solcher Produkte von Sachverständigen unterstützt werden, die der Ausschuß zur Verfügung stellen will. Wenn Importe als rhodesische Güter erkannt werden, sollen sie vom Empfängerstaat beschlagnahmt und verkauft werden. Der Verkaufserlös soll einem besonderen Fonds zufließen, aus dem der Ausschuß die Sachverständigen, die Dokumentationen über Praktiken zur Umgehung der Sanktionen und ähnliche Informationstätigkeiten finanzieren könnte. In vierteljährlich herausgegebenen Listen will der Ausschuß die Gesellschaften, die die Sanktionen verletzt, sowie Regierungen, die die Auskunftersuchen des Ausschusses über mögliche Verletzungen nicht beantwortet haben, benennen. Der Bericht